Für eine starke LINKE. Thüringen, starke Strukturen schaffen.

Der Landesverband DIE LINKE. Thüringen hat eine herausgehobene Stellung innerhalb unserer Bundespartei. Unser Landesverband mit seinen 21 Kreisverbänden stellt den ersten und bisher einzigen Linken Ministerpräsidenten, trägt damit Regierungsverantwortung und kann den Nachweis erbringen, dass die Partei DIE LINKE gestaltungsfähig ist. Im Zusammenwirken von Partei, Fraktion und Regierung liegt der Grund der erfolgreichen Arbeit seit 2014. Viele Mitglieder konnten durch diese erfolgreiche Politik und die damit verbundene Profilierung sowie Sichtbarkeit unserer Partei für den Landesverband und seine Stadt- & Kreisverbände gewonnen werden. Wir werden als ein stabiler und richtungsgebender Leuchtturm innerhalb der Bundespartei wahrgenommen.

Gleichwohl steht unser Landesverband u.a. aufgrund der Mitgliederentwicklung vor großen organisationspolitischen Herausforderungen. Wir stehen gemeinsam vor der Aufgabe, auf allen Ebenen funktionierende Parteistrukturen im Sinne einer sozialistischen und gestaltenden Mitgliederpartei zu gewährleisten. Dies wollen wir weiterhin in solidarischem Umgang miteinander diskutieren und breit getragene, strukturelle Entscheidungen treffen. Dabei sollen die Ressourcen der Landespartei in der Landesgeschäftsstelle und in den Gebietsverbänden bestmöglich kombiniert sowie Ehrenamt und Hauptamt effektiv verzahnt werden.

Viele Genoss*innen, junge wie alte, neue wie langjährige, übernehmen heute Verantwortung in den Stadt- und Kreisverbänden. Für die Organisation der Parteiarbeit und ein lebendiges Parteileben braucht es Ressourcen, Wissen und arbeitsfähige Strukturen. Daher sind Bildungsangebote von enormer Bedeutung. Der Landesvorstand wird den Mitgliedern von Stadt- und Kreisverbänden, aber auch Hauptamtlichen, weiterhin an den konkreten Bedarfen orientierte, niedrigschwellige Schulungen zu politischer Arbeit im Alltag vor Ort zur Verfügung stellen. Wir werden diese Angebote nutzen, um die politische Arbeit unserer Partei zu qualifizieren.

Ziel ist, mit verstärkten Angeboten und Anpassungen der Parteistrukturen und -gremien, die öffentliche Präsenz und Aktionsfähigkeit der Thüringer LINKEN flächendeckend und kontinuierlich - auch zwischen den Wahlkämpfen - zu sichern. Die Partei kann als Interessenvertreterin mit den eigenen politischen Alternativen besonders gut im direkten persönlichen Kontakt um Zustimmung und Vertrauen werben, Hinweise und Probleme der Menschen in Thüringen aufnehmen und darauf Antworten geben. Dafür spielen die Gebietsverbände mit ihrer Arbeit vor Ort eine entscheidende Rolle. DIE LINKE ist auch in Thüringen nach den Pandemie-Jahren gefordert, zu prüfen, welche organisatorische Aufstellung für die Wähler*innenansprache und die innerparteiliche Kommunikation am besten funktioniert.

Der Landesvorstand hat am 18.03.2022 beschlossen, eine Arbeitsgruppe „Partei- und Personalstrukturen“ einzurichten. Diese hat den Auftrag erhalten, bis zum Frühjahr 2023 einen Vorschlag zur Neufassung der Arbeitsstrukturen des Landesverbandes vorzulegen. Im Ergebnis der Beratung der Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertreter*innen der Kreisverbände, des Landesausschusses und des Landesvorstandes, werden dem Landesparteitag zu den Bereichen

- Kreisverbände
- Untergliederungen der Kreise
- Zentralisierung von Aufgaben
- Regionalisierung

ENTWURF

und
- Konfliktmanagement in unserer Partei

folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

1) **Kreisverbände**

Für eine auch in Zukunft abgesicherte Arbeits- und Politikfähigkeit unserer Kreis- und Stadtverbände wollen wir als eine Option ein Zusammenwachsen fördern, mit dem Ziel, die Zahl der 21 Kreisverbände zu reduzieren. Grundvoraussetzung für Zusammenschlüsse und Bildung entsprechender Kreisvorstände ist eine allseitige Freiwilligkeit. Druck und/oder Zwang zu einem Zusammenschluss lehnen wir ab. Unser Ziel ist die Entlastung der Kreis- und Stadtvorstände bei einer gleichzeitig verbesserten Serviceleistung und bedarfsorientierten Unterstützung durch die Landesgeschäftsstelle.

Die Schaffung von übergeordneten Regionalverbänden ohne Entscheidungskompetenzen, in denen mehrere Kreisverbände mit eigenen Kreisvorständen untergliedert sind, wird in unserem Landesverband nicht mehr angestrebt. Bevor es zu Zusammenschlüssen von Kreisverbänden kommt, sollen regionale Parteistrukturkonferenzen durchgeführt werden.

Zur Verbesserung der Kommunikation und Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen auf Landes- und Kreisebene sollen die Kreisvorstände analog zur Aufgabenverteilung in der Landesgeschäftsstelle Ansprechpartner*innen benennen (bspw. politische Bildung, Kampagnenarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, etc.).

Um die Arbeit in den Kreis- und Stadtverbänden zu unterstützen, werden regional regelmäßig beteiligungsorientierte und niedrigschwellige Schulungs-, Bildungs- und Vernetzungsangebote zur Kreisvorstandsarbeit u.a. mit dem Format „ABC der Kreisvorstandsarbeit“ angeboten und durchgeführt.

2) **Untergliederungen der Kreisverbände**

a) Das täglich erfahrbare Parteileben unterhalb der Kreis- und Stadtverbandsebene für und mit unseren Genoss*innen soll zukünftig durch die Gründung von Ortsvereinen gewährleistet werden. In den Ortsververeinigung können als territorial orientierte Untergliederungen, sogenannte Parteigruppen, in einzelnen Kommunen bzw. Stadtteilen gegründet werden oder bestehen bleiben.

b) Neue Mitglieder sollen nicht mehr Basisorganisationen, sondern Ortsvereinen zugeordnet werden. Das satzungsgemäße Recht, Basisorganisationen zu gründen, bleibt bestehen. Auch bestehende Basisorganisationen werden nicht aufgelöst.

c) Zur thematischen und inhaltlichen Arbeit in den Kreisverbänden sollen Basisorganisationen künftig als Zusammenschlüsse im Sinne von Arbeitsgruppen wirken.

d) Für die Vereinfachung der politischen Arbeit vor Ort soll den Ortsvereinigungen in den Finanzplänen der Kreisverbände Budgets für eine eigenständige politische (Mitglieder-) Arbeit, ohne selbständige Kassenführung ermöglicht werden.

ENTWURF

3) **Regionale Unterstützung**

a) Eine dauerhafte und planmäßige Reduzierung der Arbeitsplätze in der Landesgeschäftsstelle durch eine Regionalisierung von Planstellen in noch zu definierende Regionen wird nicht als sinnvoll erachtet.

b) Die festgeschriebenen und definierten Aufgaben der Beschäftigten der Landesgeschäftsstelle und die dort zu leistenden Unterstützungsleistungen für die Kreisverbände sollen deutlicher herausgestellt werden.

c) Gemeinsam mit den Kreis- und Stadtverbänden, dem Betriebsrat und dem geschäftsführenden Landesvorstand soll ein tragfähiges Modell entwickelt werden, mit dem es den Gebietsverbänden möglich ist, projektbezogen Unterstützungsleistungen vor Ort mit Aufwandsentschädigungen und/oder Honoraren zu vergüten.

d) Gleichzeitig wollen wir die einzelnen Aufgaben der Mitarbeiter*innen in der Landesgeschäftsstelle daraufhin überprüfen, wie sie noch mehr als jetzt schon die Kreisverbände und insbesondere die Kreisvorstände, bei Projekten vor Ort, unterstützen können. Dazu sollen die Belegschaft und der Betriebsrat einbezogen werden.

e) Sollten sich zusätzliche finanzielle Spielräume im Landesverband ergeben, werden konkrete Unterstützungsangebote für die Kreis- und Stadtverbände priorisiert und besprochen.

4) **Zentralisierung von Aufgabe**

Um die Kreisvorstände gezielt zu entlasten und eine Fokussierung auf die wesentlichen Aufgaben zu unterstützen, wollen wir alle Bereiche der Mitgliederverwaltung in der Landesgeschäftsstelle zentralisieren. Zudem soll geprüft werden, ob und wie man die Finanzverwaltung in den Kreis- und Stadtverbänden zentralisieren kann, um diese von kräftezehrenden Verwaltungstätigkeiten zu entlasten und personelle und zeitliche Ressourcen für die politische Arbeit zu erhöhen. Dabei sollen die Kreis- und Stadtverbände weiterhin über ihr Budget und die Spenden selbst verfügen, sich über Buchhaltung aber nicht mehr den Kopf zerbrechen müssen, sondern nur noch Kassenbuch führen. Darüber hinaus werden wir einen zentralen Technikpool aufbauen.

5) **Konfliktmanagement in unserer Partei**

Unsere Partei befindet sich im Umbruch. Dies führt auch in unserem Landesverband zu Konflikten. Diese Konflikte führen teilweise zu einer Beeinträchtigung der Arbeits- und Politikfähigkeit vor Ort. Sie lähmen ganze Kreisverbände bzw. deren Vorstände. Dazu wollen wir der Mediationsstelle unseres Landesverbandes eine aktivere Rolle zuteilen und beim nächsten Parteitag neue Mitglieder wählen. Darüber hinaus soll ein landesweiter Pool von ehrenamtlichen Streitschlichter*innen ausgebildet und gegründet werden. Sie sollen bei Konflikten niedriger Intensität eine vermittelnde Rolle einnehmen. Dazu wollen wir Schulungen anbieten.

ENTWURF

Begründung:

Der vorliegende Antrag stellt das Ergebnis der Arbeit der Arbeitsgruppe Struktur und Personal dar. Nach gründlicher Analyse, vielen Gesprächen und intensiven Diskussionen sehen wir die oben aufgezählten Punkte als notwendig an. Diese Veränderungen in Teilen unserer Struktur und Arbeitsweisen sollen die verschiedenen Übergangsphasen, in der sich unser Landesverband befindet, unterstützen und erleichtern. Zu den einzelnen Punkten wollen wir unsere Diskussionsstände erklären.

In den Kreisverbänden stehen wir in Thüringen vor einer, wenn nicht der größten Herausforderung, für unseren Landesverband. Die Kreis- und Stadtverbände stehen in ihrem alltäglichen Arbeiten vor einem erheblichen Spannungsfeld. Auf der einen Seite müssen sie grundlegende Funktionen unserer Partei sicherstellen. Andererseits sind sie zunehmend direkte Anlaufstelle für Mitglieder. Diese Funktion haben sie von den Basisorganisationen zunehmend übernommen. Dies stellt insbesondere die Vorstände vor große zeitliche wie auch inhaltliche Herausforderungen. Immer häufiger berichten Vorstandsmitglieder von Überlastungen und Überforderungen. Dies betrifft inzwischen auch die Sicherstellung grundlegender Funktionen.

Sowohl quantitative Analysen, als auch die Befragung von Kreisvorstandsmitgliedern und nicht zuletzt die Kreisbereisung haben dies überdeutlich werden lassen. Um grundlegende Parteifunktionen garantieren zu können, müssen wir für einen Teil unserer Kreise freiwillige Zusammenlegungen ins Auge fassen. Sowohl die Anzahl der Mitglieder als auch die Altersstruktur machen diesen Schritt für einige Kreis- und Stadtverbände notwendig, um die politische Arbeit weiterhin zu ermöglichen und die politische Repräsentanz in den Regionen zu halten und zu stärken. Nach reiflicher Überlegung und Evaluation erachten wir die organisatorischen Gliederung Ortsvereine, Kreisverbände und Landesverband als sinnvoll. Regionalverbände scheinen grundlegende Probleme, gerade auch nach Erfahrungen in anderen (ostdeutschen) Landesverbänden, nicht zu beseitigen.

Dies wird seine volle Entfaltung aber nur erreichen, wenn wir auch über die Untergliederungen der jeweiligen Kreis- und Stadtverbände diskutieren und einzelne, teilweise gravierende, Veränderungen von Struktur und Arbeitsweisen auf den Weg bringen. Im Fokus steht strukturell eine Modernisierung der Untergliederungen. Dies soll und darf aber nicht durch einen radikalen Bruch geschehen. Es geht nicht um das „einfache Abstreifen“ historischer und traditioneller Organisationsformen, wie den Basisorganisationen. Vielmehr stehen die örtliche Identifikation und Akzeptanz der Partei als Grundpfeiler der eigenen politischen Arbeit im Fokus. Momentan repräsentiert und bindet die Struktur der Basisorganisationen nur noch einen Teil unserer Mitglieder. Insbesondere jüngere und neuere Parteimitglieder scheinen mit dieser Form zu fremdeln. Das führt teilweise zu Einbindungs- und Repräsentationslücken der Mitgliedschaft was sich dann über Vorstände und Delegierungen auch auf die Landespartei im Ganzen potenziert und widerspiegelt. Diesem Trend wollen wir aktiv entgegenwirken. Dazu sollen unsere Basisorganisationen kreisweit wirken. Sie sollen als eine Art kreisweiter, inhaltlich angelegter Zusammenschluss, z.B. für U35, Senior*innen aber auch Migrant*innen oder Frauen wirken.

Wir erhoffen uns durch das Prinzip der Ortsvereinigungen als künftige lokale Organisationsform eine Stärkung der lokalen Identifikation mit der Partei und Stärkung des alltäglichen Parteilebens.

ENTWURF

Es soll somit auf der einen Seite ein Austausch über „alles“ ermöglicht werden, was den Genoss*innen auf dem Herzen liegt und auf der anderen Seite die Anzahl der beteiligten Genoss*innen, aber auch deren Repräsentanz, erhöht werden. Wir wollen eine breit akzeptierte Debatte und gegebenenfalls Änderung der täglichen Parteikultur und unserer Arbeitsweisen. Diese soll aber nicht einfach von oben diktiert werden, sondern individuell durch die Genossinnen und Genossen in den Untergliederungen und Kreisverbänden wachsen. Damit sollen einerseits noch funktionierender Basisorganisationen ihre Arbeit fortführen können und zeitgleich neue Organisationsformen der Genoss*innen vor Ort aufgebaut werden.

Eine weitere Säule für konkrete Entlastungen soll eine maß- und planvolle Zentralisierung von Verwaltungsaufgaben in der Landesgeschäftsstelle darstellen. Gegenstand der Prüfung zur Zentralisierung der Finanzbuchhaltung ist sowohl die Frage, was eine Zentralisierung der Finanzbuchhaltung für die Kreise bedeutet - welche Aufgaben können wegfallen, welche neuen Aufgaben/Abläufe ggf. entstehen - als auch wie die zentrale Aufgabenwahrnehmung durch die Landesgeschäftsstelle personell und organisatorisch abgesichert werden kann. Dies bedeutet aber auch eine Überprüfung der einzelnen Arbeitsaufgaben der Landesgeschäftsstelle. In einem inneren Prozess sollen Arbeitsplatzbeschreibungen, aber auch Arbeitsabläufe stetig optimiert werden.

Einen großen Raum der AG Arbeit nahm eine Analyse und Diskussion zur wie auch immer ausgestalteten Regionalisierung in Struktur und Arbeitszusammenhängen unseres Landesverbandes ein. Es geht dabei um die Frage, ob die Planstellen vollumfänglich in der Landesgeschäftsstelle verbleiben oder einige Stellen in den Regionen mit einem neuen Aufgabenprofil verankert sein sollen. Hierzu wurden intensiv die Erfahrungen der anderen ostdeutschen Landesverbände einbezogen, um zu einer geeigneten Abwägung der Vor- und Nachteile der unterschiedlichen Modelle zu kommen.

An erster Stelle stand die Frage im Raum, ob regionale Stellen durch einen Abbau von Planstellen in der Landesgeschäftsstelle oder durch einen Aufwuchs von Stellen ermöglicht werden sollen. Ein Abbau von zentralisierten Planstellen bzw. eine Kombination von Aufgaben zentralisierter Planstellen mit jenen von regionalisierten Planstellen kann nach den Erfahrungen des Landesverbandes Sachsen-Anhalt in keiner Weise als Lösung angesehen werden. Die dortigen Erfahrungen zeigen einen gravierenden Verlust an Fähigkeiten und Ressourcen bei den Kreisverbänden bei einer gleichzeitigen zeitlichen und inhaltlichen Überforderung der regionalisierten Arbeitsstellen auf. Ein Aufwuchs von Planstellen ist mit Blick auf die Ressourcenanalyse, insbesondere finanzieller Art, für unseren Landesverband derzeit nicht absehbar. Unsere Mitgliederentwicklung steht einem solchen umfänglichen Planstellenaufwuchs deutlich entgegen. Auch steht ein unklarer zeitlicher Rahmen für eine so gravierende Umstellung der strukturierten Arbeitsweise unserer Partei einer Regionalisierung von Planstellen entgegen. Dier großen Herausforderungen des Wahljahres 2024 lassen eine solche nicht zu. Die Gefahr für eine kurzfristige, aber manifeste, Schwächung der Arbeitsfähigkeit unseres Landesverbandes muss vermieden werden. Stattdessen soll gemeinsam mit den Kreisverbänden ein tragfähiges Konzept diskutiert werden, wie zeitlich begrenzt (Wahl-)Kampagnen durch Honorarstellen und Nutzung von Aufwandsentschädigungen eine Spitzenbelastung abfedern können oder auch eine gesteigerte Wertschätzung für geleistete, teilweise erhebliche, Arbeits- und Koordinierungsleistungen, darstellen.

ENTWURF

Im letzten Punkt geht es vor allem um ein sehr konkretes Problem: das Konfliktmanagement. Seit einiger Zeit stellen Konflikte auf Kreisebene ein erhebliches Hindernis für Kreise, aber auch Ihre Vorstände dar. Wir wollen versuchen, die eigene Lösungskompetenz bei solchen Konflikten zu erhöhen, ohne dass es zu einer Intervention von Landesvorstand und/oder Landesgeschäftsstelle kommen muss.

ENTWURF